

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages: Genf ist Ausgangspunkt eines schwierigen Weges.

Seite 1

Horst Peter MdB über die Konsequenzen der BND-Affäre für unsere Republik.

Seite 3

Jürgen Büsow MdL stellt einen Rahmen für das lokale Radio in Nordrhein-Westfalen vor.

Seite 5

40. Jahrgang / 222

21. November 1985

Ohne konkrete Abrüstungs-Vereinbarungen

Zum Ausgang des Gipfeltreffens von Genf

Von Karsten D. Voigt MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Die von den Völkern der Welt erhofften konkreten abrüstungspolitischen Vereinbarungen sind zwar ausgeblieben, aber die erfreuliche Klimaverbesserung zwischen den beiden nuklearen Weltmächten hat die Chance für künftige Kompromisse bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen vergrößert.

Aufgabe der Bundesregierung ist es jetzt, darauf zu drängen, daß zwischen den beiden Weltmächten tatsächlich eine Halbierung ihrer nuklearen Arsenale und ein Verzicht auf die Einführung strategischer Offensivwaffen vereinbart wird. Insbesondere aber bleibt es das Ziel der SPD, daß bei dem zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow ins Auge gefaßten Interimsabkommen über nukleare Mittelstreckenwaffen auch bereits stationierte Waffen in Ost und West wegverhandelt werden.

Zu einem wirklichen Neuanfang in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion wird es erst dann kommen, wenn der Wille Beschleunigung zur der Genfer Verhandlungen und die Worte des Friedenswillen auch zu beiderseitigen Taten der Abrüstung führen.

Verlag und Redaktion:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verleger: Umwelt  
mit sozialistischer  
Anliegen-Presse



Die durch Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow gemeinsam formulierte Erkenntnis, daß niemand einen nuklearen Krieg gewinnen kann und daß jeder nukleare wie auch konventionelle Krieg zwischen Ost und West verhindert werden muß, findet die volle Zustimmung aller Sozialdemokraten. Es ist sicherlich die gemeinsame Hoffnung und Forderung der meisten Europäer in Ost und West, daß aus dieser Einsicht in die gemeinsame Verantwortung für den Weltfrieden auch die Zustimmung zu einem Konzept der gemeinsamen Sicherheit mit dem Ziel einer künftigen Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West erwachsen wird.

Auch der wechselseitige Verzicht auf ein Streben nach militärischer Überlegenheit sollte in der beidseitigen Bereitschaft zur Überprüfung bisheriger Rüstungsprogramme seinen praktischen Niederschlag finden.

Bei den für die beiden kommenden Jahre vereinbarten regelmäßigen Gipfeltreffen in Washington und Moskau wird die Weltöffentlichkeit kritisch prüfen, ob die Hoffnungen auf eine Wende zum Positiven, die durch das Genfer Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow geweckt worden sind, durch die Substanz der im kommenden Jahr durch sie praktizierten Politik und vereinbarten neuen Verträge bestätigt oder enttäuscht wird.

Trotz des Optimismus in den Äußerungen Generalsekretärs Gorbatschows auf seiner Pressekonferenz im Anschluß an das Gipfeltreffen läßt sich vermuten, daß es ein schwerer Weg vom wechselseitigen Verständigungswillen bis zur tatsächlichen Verständigung zwischen bisherigen gegensätzlichen Standpunkten sein wird.

(-/21.11.1985/va/ks)

+ + +



### Der Fall der BND-Spenden

Vor welchem Abgrund steht die Republik tatsächlich?

Von Horst Peter MdB

Die deutsche Wirtschaft sponsert nicht nur Sportler, auch BND und private under-Cover-Agenten stehen auf privaten Gehaltslisten. Es wird Zeit für die Frage: Vor welchem Abgrund steht die Bundesrepublik tatsächlich?

Die Liste der Namenspatrone für die deutsche Jahrhundertaffäre wird länger: Flick-Brauchitsch-Lambsdorff-Friedrichs-Barzel. Bald wird der „who ist who“ überflüssig, es reicht, die Gerichtsakten zu studieren. Eine Tausendnamen-Affäre. Wen wird man als nächstes anhängen dürfen? Kinkel?

Die Affäre weitet sich aus zur „Staats“-Affäre. Als die Steuerfahndung 1975 zufällig einige dubiose steuerliche Vorgänge aufdeckte, ahnte niemand, welche Ausmaße dies einmal annehmen würde. Heute muß davon ausgegangen werden, daß selbst mit dem jetzt Bekannten erst ein Teil des Eisberges sichtbar gemacht wurde.

Es gibt einige Randprobleme der Spendenfinanzierung des BND, Randprobleme, weil die Öffentlichkeit aus Gewöhnung in diesem schon notoriischen Verhalten gewisser staatlicher und privater Kreise nichts Spektakuläres mehr sieht:

- Zum Beispiel, daß der BND seine eigentlichen Aufgaben nicht erfüllt, zur Kompensation in den Operationsfeldern von BKA, BfV und Generalbundesanwalt wildert, Inlandsaufklärung betreibt. Gibt es hier Querverbindungen zu den Vorgängen um den bayerischen obersten Staatsschützer Langmann?
- Zum Beispiel, daß ein BND-Präsident per Anruf Staatsanwälte zur Niederschlagung von Ermittlungsverfahren bewegen kann. Wer ist schon noch der Meinung, daß vor dem Gesetz alle gleich sind. Die Herren aus den besseren Kreisen, sie fühlen sich nicht nur im gewöhnlichen Leben als 'was Besseres, auch vor Gericht bewahren sie Haltung.
- Zum Beispiel, daß der bundesdeutsche Elite-Gorilla Mauss, seine privaten und staatlichen Auftraggeber und Beschützer, wohl mehr als der Untersuchungsausschuß des Niedersächsischen Landtag ahnt, zu verbergen haben und dieser sich mit seinen Ermittlungen an jemandem vergreift, dem seine Auftraggeber weit mehr Bedeutung zumessen als ein paar Volksvertreter.
- Zum Beispiel, daß die Staatsbürgerliche Vereinigung, die auch diesen deal gefingert hat, weiterhin unbehelligt arbeiten darf. Diese Vereinigung, gegründet zur Steuerhinterziehung und illegalen Parteienfinanzierung, wächst doch in den Status eines konspirativen Geheimbundes hinein und sie betreibt ihre Geschäfte mit einem Einsatz, der gespeist wird aus der Energie, mit der ihre Förderer alltags im wirtschaftlichen Leben bestehen können.

Zum Problem des Staates und der Verfassungsorgane weitet sich die Affäre aus, weil eine zweite Struktur des öffentlichen Lebens neben der staatlichen Struktur aufgedeckt wird. Neben den öffentlich anerkannten, vom Parlament und der Öffentlichkeit kontrollierten Beziehungen, Verhältnissen, Verhalten und Strukturen der Bürger und sozialen Gruppen wurde eine verdeckte, informelle Struktur installiert. Diese zweite Struktur ist aus Italien bekannt: dort sottogoverno, hier ein Staat im Dunkeln. Ein mafioses System der Durchdringung des legalen Staates und in deren Schatten ein System unterhalb der Ebene der parlamentarisch verantwortlichen Regierung, dem die Loyalität der Beteiligten gehört. Auch in Italien meint die Umschreibung mafiose Durchdringung keineswegs den Kontakt öffentlicher Personen mit der sogenannten „Mafia“.



Für die aktuelle politische und strategische Diskussion der SPD, die Aufarbeitung der Regierungsbeteiligung in den siebziger Jahren und die Vorbereitung künftiger Regierungsverantwortung ergeben sich daraus einige Schlußfolgerungen:

Entscheidungsträger staatlicher Apparate und der privaten Wirtschaft führen ein gemeinsames Eigenleben unterhalb der öffentlichen staatlichen Strukturen. Wie in der WR stellt sich die Frage, wie kann der staatliche Apparat der parlamentarisch-politischen Kontrolle unterworfen werden. Unabhängig von der Austragung politischer Interessenkonflikte zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, den Parteien und der parlamentarischen Regierung stellt sich die Frage der Loyalität der „Wirtschaft“ gegenüber den Verfassungsorganen. Der Investitionsboykott in Hessen, das arabische Scheingeschäft am Beginn der Flick'schen Daimler-Transaktion, die Rudel-Affäre in der Bundeswehr, heuer die Spendenfinanzierung des BND; Sozialdemokraten können offenbar nur begrenzt davon ausgehen, daß die Wirtschaftsführer und die Spitzen der Verwaltung nach 1945 dazu gelernt haben.

Zukunftsweisend ist auch ein anderer Aspekt der spendenfinanzierten Tätigkeit des BND:

FDP (Kinkel), CDU, Bundesregierung und Privatwirtschaft betreiben propagandistisch und tatsächlich die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Die Privatisierung der öffentlichen Sicherheit stand bisher nicht auf dem Programm. In den USA sind Gefängnisse auf private Rechnung und private Polizeitruppen schon installiert. Da die jetzige Bundesregierung wie ihre CDU-Vorgängerinnen als „gouvernementale Spitze des BDI“ (Herbert Wehner) fungiert, quasi schon privatisiert ist, wäre es nur folgerichtig, wenn auch diese Aufgabe, die dem Staat als Restkompetenz verbleiben sollte, privatisiert wird. Dann entstünden auch keine Probleme beim gemeinsamen Einsatz von „Polizei“ und kommerziellen Streikbrecherorganisationen gegen streikende Arbeitnehmer. Diese Kooperation hat in Deutschland Tradition und bewährte sich zum Beispiel bei den sogenannten „Moabiter Unruhen“ 1910, einem Transportarbeiterstreik in Berlin.

Mit dem „Mauss-Deal“ zwischen Wirtschaft und BND erledigt sich auch die Diskussion über das staatliche Gewaltmonopol. Diese Waffe gegen die GRÜNEN ist stumpf geworden: viel nachhaltiger als es die GRÜNEN je zersetzen könnten, stellen die, die seine Bewahrung immer im Munde führen, das staatliche Gewaltmonopol in Frage.

Geboren wurde die Flick-und-so-weiter-Affäre als Steueraffäre. Deshalb zum Schluß eine „immanente“ Feststellung: Wurde der staatliche Haushalt nicht über (illegale) Steuerhinterziehungen und (legale) Steuer-Reformen um das Geld gebracht, das zur Erfüllung der staatlichen Aufgaben notwendig ist, niemand müßte dann den staatlichen Organen per Spende zur notwendigen Ausstattung verhelfen. Von diesen Herren, die Wohltäter im öffentlichen Sicherheitsbereich sind, könnte das Geld auch auf legalem Wege, der dem normalen Staatsbürger sehr vertraut ist, dem Staat gegeben werden.

(-/22.11.1985/va/ks)

+ + +



Das lokale Radio ist eine einmalige Chance

Es kommt entscheidend auf die Finanzierung an

Von Jürgen Büssow MdL

Im UKW-Hörfunkbereich zeichnen sich, durch die Freigabe weiterer Frequenzen von 100 bis 108 MHz ab 1986 Möglichkeiten für zusätzliche UKW-Programme ab. Bereits im Dezember 1984 haben neun rheinische Verlage in Nordrhein-Westfalen, unter anderem „Der Kölner Stadtanzeiger“, „Kölner Rundschau“, „Westdeutsche Zeitung“ und „Rheinische Post“ die „Rheinische Presse Rundfunk GmbH & Co. KG“ gegründet. Die kommerzielle Rundfunk GmbH möchte lokalen Hörfunk und Fernsehen veranstalten. Die Lokalzeitungen würden damit in unserem Land ihren publizistischen Einfluß verdoppeln und an einigen Standorten würden sogar publizistische Doppelmonopole, zum Beispiel in Wuppertal, entstehen. Eine solche Entwicklung ist für Sozialdemokraten nicht hinnehmbar. Deshalb haben der Bundesparteitag am 19. Mai 1984 in Essen und der Landesparteitag in Oberhausen am 28. September 1985 beschlossen, daß lokales Radio nur in gemeinnütziger oder öffentlich-rechtlicher Trägerschaft angeboten werden darf.

Der publizistische Wettbewerb findet in Nordrhein-Westfalen praktisch nicht mehr statt. Die Marktgrenzen in Nordrhein-Westfalen sind weitgehend abgesteckt. Allenfalls findet eine ökonomische Konkurrenz zwischen den Zeitungsverlagen bei den Anzeigen- und Verkaufspreisen statt.

Einen Parteitagebeschuß mit großer Mehrheit zu fassen, ist die eine Seite. Parteitagebeschlüsse zu verwirklichen, ist ungleich schwieriger, wie wir alle aus Erfahrung wissen. Wie läßt sich lokaler Rundfunk, vor allen Dingen als Radio für alle, finanzieren?

Die angemessenste Finanzierungsquelle für ein gemeinnütziges Lokalradio wäre die Lokalgebühr. Mit einer Zusatzgebühr von circa DM 1,00/Rundfunkhaushalt könnte in Nordrhein-Westfalen eine Kette von lokalen Radios aufgebaut werden. Ein gebührenfinanziertes Lokalradio garantiert Unabhängigkeit und ist verfassungsrechtlich unproblematisch, wenn es einen öffentlichen Programmauftrag erfüllt. Ein Lokalradio ohne Lokalwerbung würde überdies einen Bestandsschutz für die lokalen Zeitungen darstellen, wie es ihn in keinem anderen Bundesland derzeit gibt. Die Lokalpresse in unserem Land braucht sich um ihre wirtschaftliche Existenz für die Zukunft nicht zu sorgen. Radio und Zeitungen würden zwar in einem publizistischen Wettbewerb zueinander stehen, aber müßten nicht einen ökonomischen Verdrängungswettbewerb ausfechten.

Diese Finanzierungsform wird jedoch nur gelingen, wenn die Verleger dieser Idee ihre publizistische Unterstützung nicht versagen. Sie stellt den Versuch dar, zu einem Interessenausgleich zwischen weitverbreiteten Informationsangeboten für die Bürger zu kommen und gleichzeitig einen Bestandsschutz für die nordrhein-westfälische Presse zu realisieren.

Eine andere Form der Finanzierung könnte durch Abgaben von kommerziellen Rundfunkveranstaltern zustande kommen. Privatwirtschaftliche Veranstalter, die mit ihren Programmen in nordrhein-westfälische Kabelanlagen eingespeist werden oder als Veranstalter in Nordrhein-Westfalen zugelassen werden möchten, leisten eine Kulturabgabe. Teildefizite ihrer Programme könnten somit kompensiert werden durch gemeinnützige Rundfunksendungen. Dieses Modell ist in den USA bei lokalen Kabelbetreibern durchaus üblich. Diese Denkfigur wurde auch von Professor Biedenkopf in der Umweltdebatte als Zertifikatmodell behandelt. Wer zuviel Schadstoffemissionen verursacht, muß zahlen, damit Mittel frei werden, die Emissionen abzubauen. Das Zertifikatmodell ist umweltpolitisch für die Bundesrepublik nicht akzeptabel. Für die Medienpolitik scheint es mir dagegen durchaus ein geeignetes Instrument zu sein, die totale Kommerzialisierung der elektronischen Kommunikation zu verhindern.

Wenn Gebühren und Abgaben politisch nicht durchsetzbar sind, dann bleibt nur eine Finanzierung der gemeinnützigen Lokalradios aus Werbung. Von einem 24-Stunden-Programm dürfen jedoch nicht mehr



als fünf Prozent der Sendezeit für Werbespots genutzt werden. Lokale Radios dürfen nicht gewinnorientiert sein, aber sie sollten ihre Betriebskosten selbst aufbringen. Um die lokalen Werbemärkte der Presse nicht zu gefährden, dürften in diesem Fall nicht mehr als 15 Minuten täglich für lokale Werbung genutzt werden. Die anderen 45 Minuten müßten der Markenartikelwerbung vorbehalten bleiben.

Diese drei Finanzierungsformen lassen sich auch kombinieren, was den Umfang der einzelnen Finanzierungsart reduzieren würde. Man muß jedoch auch die politischen Schwierigkeiten realistisch erkennen, die sich mit der Verwirklichung des lokalen Radios einstellen. Ein gebührenfinanziertes Lokalradio wird derzeit nur über eine staatsvertragliche Regelung zu erreichen sein, was die Zustimmung von elf Bundesländern nötig macht. Die Erhebung einer landeseigenen Lokalradiogebühr wird nun mit publizistischer Unterstützung der Presse gelingen. Die Abgaben von kommerziellen Veranstaltern wird man an die Anschlußdichte der verkabelten Haushalte knüpfen müssen. Damit entstehen jedoch Abhängigkeiten, die medienpolitisch von Sozialdemokraten kaum gewollt sein können. Die Werbefinanzierung wird zu einer Auseinandersetzung mit der nordrhein-westfälischen Presse führen.

Natürlich sind auch noch weitere Finanzierungsarten denkbar, zum Beispiel aus Spenden, aus Radiolotterien wie in Dänemark, aus Mitgliedsbeiträgen oder gar aus dem Verkauf von Programmzeitschriften. Diese zusätzlichen Finanzierungsformen können jedoch eine zentrale Finanzierungsquelle nicht ersetzen - allenfalls relativieren.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts wird ein Lokalradio in kommunaler Trägerschaft auszuschließen sein. Es darf weder einen Bürgermeister- noch ein Verwaltungsradio oder ein Volkshochschulradio geben. Gleichwohl können die Kommunen helfen, um in der Aufbauphase die Betriebskosten der gemeinnützigen Radioveranstalter niedrig zu halten. Zum Beispiel könnten die Städte geeignete Räume in zentraler Lage mit entsprechenden Studioeinrichtungen gegen eine Nutzungsgebühr für gemeinnützige Veranstalter zur Verfügung stellen. Es würde sicherlich auch nichts dagegen sprechen, wenn städtische Tochtergesellschaften wie Stadtwerke, Sparkassen, Messengesellschaften et cetera, Teilhaber bei lokalen gemeinnützigen Radio GmbH's würden, wenn erstens sicher gestellt ist, daß sie nicht Mehrheitseigner sind und jeder Programmefluß ausgeschlossen ist. Kommunale Volkshochschulen können schon jetzt Kurse für interessierte Bürger anbieten, wo diese lernen können, wie man eine Radiosendung produziert. Denn selbst wenn das lokale Bürgerradio auch Elemente eines Laienfunks enthalten soll, müssen auch Laien die Grundbegriffe der Radioproduktion beherrschen lernen.

Es gibt also viele Möglichkeiten der Städte, die lokalen Radioinitiativen zu unterstützen ohne selbst Veranstalter zu werden. Einige Orientierungskriterien möchte ich abschließend für lokale Radioveranstalter nennen:

1. Die Veranstalter selbst sollten pluralistisch zusammengesetzt sein und nicht durch eine gesellschaftliche Gruppe dominiert werden.
2. Die Programmphilosophie der Initiativen sollte sich zum Ziel setzen, ein Radio für alle aufzubauen und keinen Spezialitätenfunk anzustreben. Radio für alle schließt jedoch Informationen von und für gesellschaftliche Minderheiten mit ein.
3. Veranstalterinitiativen sollten erkennen lassen, daß sie auch in der Lage sind, lokale Programme herzustellen. Lokales Radio ist eine Chance für die Bürger in unseren Städten und Kreisen. Ich halte sie politisch für einmalig. Wir sollten diese Chance nutzen.  
(-/21.11.1985/va/ks)

+ + +

